

Protokoll:

Rm Kaiser (FDP) erläutert, dass ein Arbeitskreis mit einer klaren Aufgabenstellung und dieser begrenzten Aufgabe für dieses Projekt geeigneter sei, weil es zielgerichteter zugehe. Daher sei diese Organisationsform an dieser Stelle die von der Fraktion bevorzugte.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann verliest die Stellungnahme der Verwaltung (ST/0054/2010).

Der Ältestenrat sollte hierüber noch einmal beraten.

Rm Lehmkuhler (SPD) begründet, wieso seine Fraktion den Antrag ablehne.

Während der Haushaltsberatung seien keine großen Einsparvorschläge seitens der FDP-Fraktion gemacht worden.

Weiterhin würde die Ausarbeitung und Beantwortung des Schreibens, auf welches sich der Antrag der FDP beziehe, und welches ggfls. noch im Haupt- und Finanzausschuss und im Stadtrat beschlossen werden müsse, stelle einen sehr großen Arbeitsaufwand bei der Verwaltung dar. Der Verwaltung könnten nicht immer wieder neue Aufgaben aufgebürdet werden und gleichzeitig Einsparungen gefordert werden.

Am 12.04.2010 sei deutlich gesagt worden, dass dies nicht zu leisten sei, wenn die Antwort auf das Schreiben der ADD möglichst zügig von der Verwaltung sachgerecht erarbeitet werden solle. Einen Arbeitskreis und dessen Sitzungen könne man sich sparen. Diese stellten auch wieder eine zusätzliche Arbeitsbelastung für die Verwaltung dar. Bis eine Antwort eingegangen und die Umsetzung erfolgt sei, sei man schon wieder in den Nachtragshaushaltsberatungen. Dort könne man die Einsparmöglichkeiten, die eventuell noch offen seien oder die eine Mehrheit erlangten, noch diskutieren.

Rm Assenmacher (CDU) äußert, die Haushaltssituation der Stadt sei sehr schwierig. Wie man sich hierbei helfe, würde wahrscheinlich der Kämmerer vorgeben. Man müsse zum Haushalt 2011 zu ersten nachhaltigen Ergebnissen gekommen sein. Aus dem Schreiben der ADD ginge hervor, dass die Stadt seit Jahren haushaltspolitisch auf dem falschen Weg sei. Daher seien alle Anwesenden verantwortlich, einen Weg in geordnete Verhältnisse zu finden. Er befürworte den Antrag der FDP. Wie genau die Umsetzung zu erfolgen habe, müsse man noch diskutieren, der Kämmerer solle hierfür einen Vorschlag machen. Im aktuellen Jahr versuche man den Haushalt 2010 genehmigt zu bekommen und gleichzeitig die Weichen für einen genehmigungsfähigen Haushalt 2011 zu stellen.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann gibt zu bedenken, die Bezeichnung der Situation, Koblenz sei haushaltspolitisch auf dem falschen Weg, sei auch ein Vorwurf gegenüber dem Rat. Er selbst sei nicht der Auffassung, Koblenz sei bisher auf einem falschen Weg gewesen und die Stadt sei mit dem, was sie vorhabe, ebenfalls nicht auf einem falschen Weg sei, ungeachtet dessen, dass er sich auch in den vergangenen Haushaltsjahren bemüht habe, Einnahmen zu vermehren und Ausgaben zu minimieren.

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses habe sachlich und kompetent das Jahr 2008 in seinem Rechenschaftsbericht Revue passieren lassen. Bis zu diesem Jahr wären deutliche Reduzierungen von Schulden und aufgelaufenen Defiziten des Verwaltungshaushaltes festzustellen. Ende des Jahres 2008 hätte die Stadt im Kernhaushalt 224 Mio. Euro Schulden gehabt, wie auch im Jahr 1994. Also sei man sicherlich haushaltspolitisch nicht auf dem falschen Weg gewesen. In 15 Jahren wären 60 Mio. Schulden abgebaut worden. Im Jahr 2008 habe man

ein operatives Ergebnis erzielt, welches den Haushalt ausgeglichen habr. Die ursprünglich auf 56 Mio. Euro angewachsenen Defizite seien auf 23 Mio. Euro reduziert worden. Dies sei der Riss, der in die Eröffnungsbilanz mit eingestellt worden sei.

Nun sei man in einer Situation, die nichts mit der Stadt Koblenz zu tun habe. Man habe starke Wegbrüche der Gewerbesteuer und sonstiger Einnahmen. Auch die Einnahme- und Umsatzsteuer gehe aufgrund der Konjunkturlage stark zurück. Auch die Ausgaben im sozialen Bereich nähmen extrem zu. Darauf müsse man natürlich reagieren.

Die Haushaltspolitik sei nicht falsch. Man müsse nur aus dieser von Außen aufgedrängten Krise herauskommen. Daher habe die Verwaltung hierzu auch einen Vorschlag gemacht. In den nächsten Haushaltsberatungen, ob Nachtrag 2010 oder Haushalt 2011, käme man genau zu dieser Thematik, weswegen es sinnvoll sei, wenn dies zuvor mit einem Arbeitskreis diskutiert worden wäre.

Wenn die Beratungen erst im November/Dezember mit der Konsolidierung beginnen würden, würde dies den Rat überfordern.

Eine Ablehnung würde natürlich auch kein „plötzlich-drauf -los-wirtschaften“ bedeuten.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer bemängelt das Verhalten der ADD gegenüber der Stadt. Die ADD wisse, dass die Gewerbesteuereinnahmen zurückgingen und dass dies die Situation der Stadt verursache.

Bezüglich des Verfahrens hätte man sich geeinigt, dass Frau Brockmann-Kneip eine Zusammenstellung fertige. Die Fraktion schlage eine Sondersitzung im Haupt- und Finanzausschuss vor, um sich ausgiebig und ohne Zeitdruck mit der Thematik auseinanderzusetzen.

Oberbürgermeister Schulte-Wissermann formuliert mit Blick auf die vorhergegangene Diskussion folgenden Beschlusstenor:

„Der Stadtrat beschließt einstimmig, die Angelegenheit in einer Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu beraten. Die Verwaltung wird hierzu eine Einnahmenverbesserungs- und einer Ausgabenstreichungsliste erarbeiten.“